

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelhefte 10 Pf. Alle Postbestellungen, Abonnements und Anzeigenbestellungen werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 1. März. Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wichtigster: die 8seitige Fernsprecherliste 20 Kpf., die 4seitige Liste der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfeilchen, die 3seitige Liste der amtlichen Bekanntmachungen 20 Reichspfeilchen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Richtigkeit der Angaben ist nicht garantiert. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Richtigkeit der Angaben ist nicht garantiert.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 37 — 91. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postkod.: Dresden 2640      Sonnabend, den 13. Februar 1932

## Recht muß doch Recht bleiben!

Angriff auf die Angriffswaffen — Fernfeuer aus Polen und Litauen — Hintergrund der Reichspräsidentenwahl.

Die rednerische Kanonade in Genf hat zunächst mit den schweren Geschützen eingesetzt — wenn man für die Ergebnisse auf einer Abrüstungskonferenz ein solches „militärisches“ Bild gebrauchen darf! Man wird ja freilich dazu verleitet, denn fast jeder Redner spricht so viel von schwerer Artillerie und Bombenflugzeugen, von U-Booten und U-Booten, von Giftgas und ähnlichen angenehmen Zeitgenossen, daß dem Engel des Weltfriedens, der ungesehen und unerkannt als Delegierter der Menschheit an dieser Konferenz teilnimmt, doch nun ganz angst und bange werden kann, auch dann, wenn man jene Waffen restlos entzogen und darüber hinaus jene wenig schönen Dinge einlegen wollen. Wenigstens haben sie es — gesagt! Deutschlands Vertreter hingegen ist auf diese Seite — also die der praktischen Arbeitsvorschläge für die Konferenz — nicht eingegangen; denn uns hat man jene Waffen restlos entzogen und darüber hinaus auch das einfache und selbstverständliche Recht geraubt, Vorkehrungen für eine Verteidigung gegen jene Angriffswaffen zu treffen. Diese Zurückhaltung hat unsere Vertretung in Genf auf einen strategisch vielleicht wohl etwas günstigeren Boden geführt, als man bei Konferenzbeginn hoffen konnte; denn der „Angriff auf die Angriffswaffen“ ist in Genf, außerdem noch mit zahlreichen politischen „Spitzen gegen Frankreich“ versehen, von den Vertretern jener Mächte unternommen worden, die einst Seite an Seite mit Frankreich gegen Deutschland sochten und uns die Entlassung auferlegen hatten. Ebenso überließ Dr. Brüning aus gleichem Grunde den ehemaligen Alliierten Frankreichs, den Schöpfern des Versailler Diktats und des Völkerbunds, auch den Kampf gegen die Vorschläge Zaribus, der aus dem Völkerbund so eine Art Vollzeitskation machen will. Die Kritik oder vielmehr die von der Seite unserer Kriegsgegner kommende fast unverkennbare Ablehnung der Grundzüge jenes Plans mußte also weit drastischer in der Öffentlichkeit wirken. Wenn man daher auf dieser Abrüstungskonferenz von „Fronten“ sprechen darf, dann kann man jetzt, nach dem rednerischen Auftreten der Delegierten aller Groß- und Mittelmächte, schon mit aller Vorsicht sagen: der französischen Front und ihren Hilfstruppen steht die Front der Engländer und Amerikaner, der Italiener und Russen gegenüber — diese waffenstarken Mächte aber im Vordergrund, Deutschland, das ohnmächtige, zurück im Hintergrund. Und jene eigentlichen „Fronten“ werden nun den weiteren Kampf ausfechten müssen; dort wird sich entscheiden, ob dieser „Angriff auf die Angriffswaffen“ denen glückt, die ihn eingeleitet haben.

Während „vorn“ also der Kampf mit wenigstens einigermassen gleichen Waffen zwischen den ehemaligen Verbündeten geführt wird, uns selbst aber zunächst nur die etwas kümmerliche Waffe des Rechtsanspruchs bleibt, versucht man ... doch wir müssen von neuem erst um Entscheidung bitten, wenn wir hier aus den militärisch-triengerischen Vergleichen gar nicht herauskommen! Also: Man versucht von der Front der Versailler Verteidiger her, uns Deutsche mit „Fernfeuer“ zu stören und zu belegen. Jaleski, Polens Außenminister, ließ aus dem Flugzeug seiner Rede alle vier Giftgasbomben von Verleumdungen auf Deutschland niedersinken und im Rücken erfolgte der Überfall Litauens auf das von uns geriffene, aber nicht vergessene Memelland. Daß dieser Miniaturkrieg mit seinen etwas mehr als zwei Millionen Einwohnern überhaupt entstanden ist, kann er Deutschland verbanken; aber er tut dies so wenig wie die anderen Staaten es tun, die wir vom russischen Joch befreiten; zum fünfzehntenmal jährt sich gerade jetzt wieder der Tag, an dem die von Deutschland proklamierte Unabhängigkeit Litauens von neuem feierlich bekräftigt wurde. Schade, — wenn sich der litauische Außenminister Jantius genügend beckt, dann würde bereits an jenem 16. Februar der Völkerbundrat die ihm gewiß nicht gerade angenehme Entscheidung darüber treffen müssen, ob Litauen nun auch in dem völkerbündlich garantierten „autonomen“ Memelland gegen alles Deutsche nach Gütlichen verfahren kann, ob auch dort „Gewalt fährt auf der Straße“, wie Walter von der Vogelweide in Deutschlands schwerer Zeit klagte. Oder ob „Selbst für die Deutschen auch in den ihrer früheren Heimat entzogenen Gebieten der Satz gilt: „Recht muß doch Recht bleiben.“

Mephistopheles freilich sagt im „Faust“ achselzuckend: „Vom Rechte, das mit uns geboren ist, Von dem ist, leider! nie die Frage“, — aber dieser Ausspruch stammt eben aus dem Munde eines bösen Geistes, ohne daß er freilich deswegen so ganz unrecht damit hat! Dem „geschaffenen“ Recht pflegt es allerdings bisweilen noch schlechter zu gehen, weil es — angeblich — Zeiten und Wirklichkeiten geben soll, die dem Rechtsbuchstaben durch eine zeit- und wirklichkeitsent-

## Einigungsformel für die Tributkonferenz

### Lie Reichsregierung und die Tributkonferenz.

Die englisch-französischen Abmachungen. Aber den Inhalt der französisch-englischen Tributvereinbarung liegen in Berlin noch keine Einzelheiten vor. Nach Ansicht gutunterrichteter Kreise scheint es jedoch nicht zuzutreffen, daß weitgehende materielle Abmachungen vorliegen. Soweit sich bisher übersehen läßt, beschränken sich die englisch-französischen Abmachungen lediglich auf gewisse Modalitäten, wie Zeit und Ort der Konferenz. Die Initiative für das Zustandekommen der Tributkonferenz haben bekanntlich schon seit geraumer Zeit die Engländer übernommen. Es ist insoweit anzunehmen, daß die deutsche Regierung in kürzester Zeit auf diplomatischem Wege von London über den Inhalt der Abmachungen verständigt werden wird. Da die Konferenz erst für den Monat Juni geplant ist, darf angesichts der bis zum 1. Juli noch zur Verfügung stehenden Zeit angenommen werden, daß sich die Engländer und Franzosen möglicherweise darüber geeinigt haben, welche vorläufige Regelung nach dem 1. Juli einzutreten hat, da irgendwelche deutschen Zahlungen ja selbstverständlich nicht in Frage kommen können. Die Reichsregierung wird zweifellos auf ihrem bereits bei früheren Gelegenheiten zum Ausdruck gebrachten Standpunkt hinweisen, daß sie einen früheren Zeitpunkt für den Beginn der Konferenz für wünschenswert halten würde.

Vorbereitung der leitenden Staatsmänner? Der italienische Außenminister Grandi hatte in Genf eine längere Unterredung mit dem englischen Außenminister Simon, in der eingehend die Stellung der Reichsregierung zur Tributfrage erörtert worden ist. In der Unterredung soll entsprechend den Verhandlungen, die während des Aufenthaltes des Reichszustalters in Genf stattgefunden haben, von neuem vereinbart worden sein, daß die Reparationskonferenz Mitte oder Ende Juni zusammentritt, daß jedoch vorher, möglichst bereits in einigen Wochen, eine Vorbesprechung der leitenden Staatsmänner der an der Reparationsfrage hauptbeteiligten Mächte in Genf stattfinden soll.

### Aufgaben der Konferenz.

Berlin. Amtlich wird gemeldet: „Die Regierungen Belgiens, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Japans und des Vereinigten Königreiches Großbritannien haben von dem Baseler Sachverständigenbericht Kenntnis genommen und sind überein gekommen, den übrigen beteiligten Regierungen die Vertagung der Konferenz auf den Monat Juni zu empfehlen. Aufgabe der Konferenz wird es sein, sich über eine dauerhafte Regelung der in dem Berichte der Baseler Sachverständigen aufgeworfenen Fragen und über die Methode zu verständigen, um die anderen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten zu lösen, die die gegenwärtige Weltkrisis verursacht haben und diese verlängern könnten. Zu dieser Entscheidung sind die oben erwähnten Regierungen in der Hoffnung gekommen, daß hierdurch die jetzige Lage erleichtert wird.“ — Von unterrichteter Seite wird zu dieser amtlichen Erklärung, deren Wortlaut mit den übrigen Mächten vereinbart worden ist, erklärend folgendes bemerkt: Die Reichsregierung hat mit dieser Vereinbarung ihr Ziel, die Anberaumung der Tributkonferenz erreicht. Die Reichsregierung hätte allerdings entsprechend dem Baseler Sachverständigenbericht den Zusammentritt der Konferenz früher und nicht erst im Juni gewünscht. Sie hatte daher ihrerseits einen früheren Zusammentritt angeregt und die dringenden Bemühungen der englischen Regierung von Anfang an auf das wärmste begrüßt und unterstützt.

### Polens Appetit auf Danzig und Ostpreußen.

Danzig, 13. Februar. Erst jetzt vorliegende Übersetzungen der Reden auf dem diesjährigen Stiftungsfest der polnischen Studentenvereine „Brońca Pomoc“ in Danzig geben einen Überblick über den ungebührlichen chauvinistischen Charakter der Reden amtlicher polnischer Vertreter. Aus den Reden geht hervor, daß man sich in Polen ganz offen militärisch auf einen Einfall nicht nur in Danzig, sondern auch in Ostpreußen vorbereitet. Die Feier begann mit einer Messe, in der der Prediger ausführte, daß auf dieser „polnischen“ Erde bald polnisches Militär sein werde. Man werde nicht eher ruhen, bis der letzte Deutsche aus Danzig verschwunden sei.

## Krediterweiterung in Amerika

### Amerika will anfurkeln.

Amerikas Börse atmet auf. Aus der mehrfachen Ankündigung des amerikanischen Staatspräsidenten Hoover über eine bevorstehende Krediterweiterung in Amerika ist jetzt Wirklichkeit geworden: Ein dem Kongress zugegangener Gesetzentwurf bestimmt, daß die bisher außerordentlich scharfen Bedingungen gemildert werden sollen, zu denen die amerikanischen Staatsbanken Wertpapiere und Wechsel diskontierten, diese also als Notendeckung verwandt würden. Der Kreis der zur Notendeckung und damit zum Rediskont bei den Staatsbanken zugelassenen Wertpapiere soll vergrößert und dadurch nun sollen die Privatbanken in die Lage versetzt werden, gewisse, und zwar recht beträchtliche Teile des bei ihnen festgefrorenen Kreditis „aufzutauen“, für den als Sicherheiten natürlich Wertpapiere hinterlegt worden sind.

An der unteren Grenze der Golddeckung für den Notenumlauf — 40 Prozent — wird dadurch nichts geändert. Zurzeit geht aber diese Golddeckung um 27 Prozent über jene gesetzliche Minimalgrenze von 40 Prozent hinaus. Diese freien Goldbestände genügen aber bei weitem, um die gesamten Goldguthaben der Franzosen abzurufen zu können. Es wäre also ganz verfehlt, etwa von einer in Amerika jetzt eingeleiteten „Inflation“ zu sprechen. Denn einerseits erfolgt keine Preissteigerung und andererseits auch keine „Krediterschöpfung“, die nicht ihre Grundlage in einer wirtschaftlichen Ausdehnung besitzt. Die zusätzlich herauskommen-

den Dollarnoten sind also wertmäßig voll gedeckt, die Banken werden wieder in den Besitz großer flüssiger Mittel gelangen und damit in die Lage kommen, die Kreditwünsche der Wirtschaft mit größerer Bereitwilligkeit entgegenzunehmen als bisher. Geht man bis zu der 40prozentigen Golddeckung herab, so läßt sich dadurch der Notenumlauf schätzungsweise um 2,5 Milliarden Dollar — 10 Milliarden Mark — erhöhen. Neben den üblichen Handelswechseln und den bisher zugelassenen Wertpapieren sollen nun, wie gesagt, noch andere Wertpapiere, vor allem Regierungsanleihen, treten, die den 40prozentigen Teil der „Papierdeckung“ des Notenumlaufes ausmachen würden. Die ganze Aktion soll übrigens nur für zwölf Monate gelten und bedeutet einen gewaltigen Angriff auf die bisher sich immer weiter steigende Kreditdeflation.

Diese Steigerung des Notenumlaufes soll aber in einem vorsichtigen Tempo erfolgen, wie das Schatzamt in Washington ausdrücklich erklärt. Die Maßnahme ist nicht bloß als kreditpolitische „Austattung“, sondern wohl mehr als wirtschafts- politische „Auslöschung“ gedacht und beachtlich. Durch sie soll der Wirtschaft neuer Mut und neue Initiative eingebläht werden. Daß die nunmehr als Notendeckung zugelassenen, also „diskontierfähig“ gewordenen Wertpapiere sofort „stark gefragt und Geld“ werden, äußerte sich in einer sturmartigen Haufe an der New Yorker Börse, wobei natürlich auch die anderen amerikanischen Effekten und Rentenpapiere mit in die Höhe gerissen

sprechende Anwendung den Charakter von spanischen Ziegen nehmen. Wenn jetzt die innenpolitischen Auseinandersetzungen um die Präsidentenwahl sich spitzen, so geschah dies, weil das „Recht des Reichspräsidenten“ sich unter dem Druck der Zeit und Wirklichkeit zu einem Umfang und einem Einfluß entwickelt hat, von dem sich die Väter der Weimarer Verfassung bestimmt nichts haben träumen lassen. Diese verfassungsmäßige Rechtsposition hat sich also innenpolitisch zu einer tatsächlichen Machtposition entwickelt, um die gerungen und

die als solche auch von den Kämpfenden angesehen wird. Welt, weit mehr als nur etwa „der Repräsentant des deutschen Volkes“ ist der Reichspräsident geworden und wenn er auch verfassungsmäßig für seine Verordnungen nicht die formelle Verantwortung trägt, sondern diese auf den gegenzeichnenden Reichsminister oder Ressortminister gelegt ist, so fällt diese Verantwortung letzten Endes vor dem deutschen Volk und vor der Geschichte doch auf ihn und sein Gewissen. Dort muß er „verantworten“, wie er seine Pflichten erfüllt, wie er seine Rechte gebraucht.